

BESETZERINNEN INFO

SCHWERPUNKTTHEMEN:

altstadtsanierung und stadterneuerung
draken

13.8.
AEGIDI GASSE
IN WIEN
GE RÄUMT

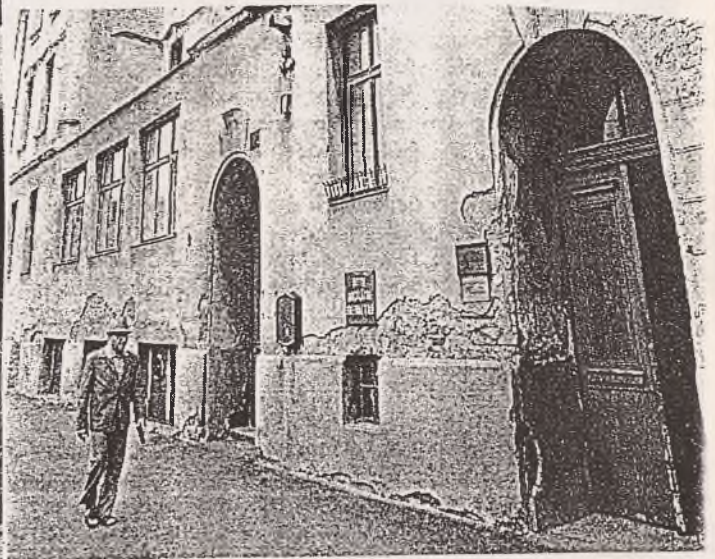
EINE
FRONT GEGEN
SANIERUNG
FASCHISMUS
+ BULLEN
STAAT

Wolfgang Prantky
Snowat
nder Wanne haben ne
Menge Schweine Platz

SOLIDARITÄT Mit der
HAFENSTRASSE

ALTSTADTSANIERUNG UND STADTERNEUERUNG

1974 wurden im Zuge d. Stadterneuerungs und Bodenbeschaffungsgesetz (besagt eine Monopolisierung der Wohnbaugiganten, große Bauprojekte werden bevorzugt, Sanierungsträger können praktisch enteignen) mehrere Gebiete zu Stadterneuerungsgebieten erklärt. Im Konzept ging es darum, um die Erhaltung und Neugestaltung städtischen Lebens, primär durch die Erhaltung und Verbesserung des erhaltungs= würdigen Hausbestandes, durch Maßnahmen im Bereich der Wohnwelt aber auch durch den Neubau von Wohnungen und Geschäften. D.h. heißt Standardhebungen die alte Wohnungen betreffen, weiters die Zusammenlegung von Wohnungen um wohngrößen zu erreichen die den heutigen Standard entsprechen. Es geht um die Schaffung von Wohnungen der Ausstattungskategorie C und B (III,II). Weiters ist der Ausbau von Wohnungen notwendig da ja für nicht "erhaltungswürdige" Objekte Ersatz geschaffen werden muß. Einer Studie von 1975 waren in Wien von 750 000 Wohnungen 267 000 Dringlichkeits= stufe I und 250 000 der Dringlichkeitsstufe II. Das heißt diese Wohnungen müßten möglichst schnell saniert werden, um den Verfall zu stoppen. Schöne Worte; die Realität sah/sieht anders aus. Ganze Straßenzüge wurden in vielen Bezirken abgerissen. 1985 waren in Gumpendorf fast alle Baustellen abgerissene Gemeindehäuser. Wurde nicht abgerissen so wurde generalsaniert. Das heißt: aus Kategorie IV und V Wohnungen wurden Kategorie II,III Wohnungen. Diese Sanierung geschah aber nicht aus humanitären Gründen sondern aus wirtschaft= lichen und politischen.



Wenn nicht bald etwas geschieht: Verfall und Verslumung ganz Stadtteile drohen.

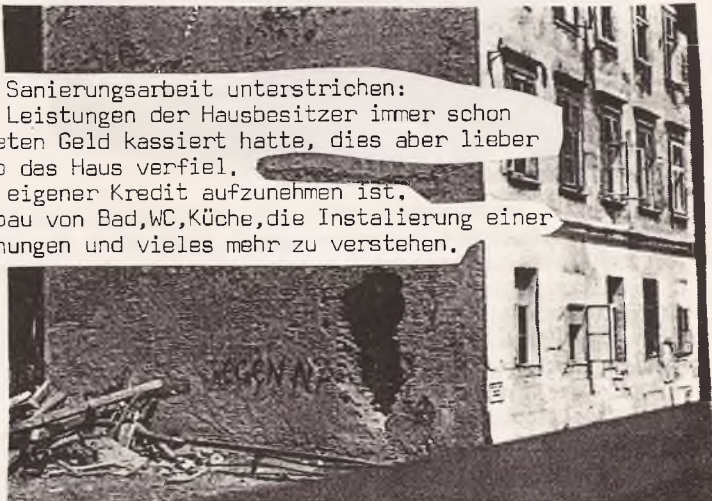
Die großen Baufirmen und Spekulanten (sowohl ÖVP, SPÖ und private) versprachen sich von sanieren höhere Gewinne als von Neubauten. Konkrete Beispiele für die Verflechtungen von Gemeinde und Baufirmen wollen wir anhand der Sanierungstätigkeit in Gumpendorf feststellen. Anfang 1980 wurde auf Wunsch der Bevölkerung ein Informationslokal von engagierten Architekten eröffnet. Im September wurde es jedoch wieder geschlossen, da sich die Architekten wirklich mit der Bevölkerung gemeinsam arbeiteten. Im August 82 wurde das Betreuungslokal wieder eröffnet. Diesmal verwaltete jedoch die Wohnbaugesellschaft SEG das Lokal. BewohnerInnen Interessen stehen jedoch gegen die Interessen der Baugesellschaften und Grundstücksbesitzer. Eine wirkliche Betreuung wurde also nicht praktiziert. Realität war vielmehr, daß die Mitglieder im SEG und andere Baugesellschaften die Abbrüche und Sanierungstätigkeit forcierten. Die Sanierungsgebiete liegen grob beschrieben zwischen Ring und knapp außerhalb des Gürtels. In diesen Gebieten kommen nach Studien der AK zwei Faktoren zusammen. -bis zu 2/3 der Haushalte verfügten 81 weniger als 7500 ös monatlich (sind als am eingestuft) -die Zahl der sanierenden Häuser liegt bei weit über 40%

WIE KAM ES NUN ZUM VERFALL DER HÄUSER ?

Infolge des Mieterschutzes war der Besitz von Althäusern weniger wert, da die Mieten in diesen Häusern preisgebunden waren. Aus diesem Grund hatten die Hausbesitzer natürlich keinen Grund die Häuser herzurichten. Die Mittel für Instandhaltungsarbeiten haben die Hausbesitzer aber kassiert. (Mietzinsreserve= ist ein Teil der Miete, die die BewohnerInnen monatlich zahlen um notwendige Renovierungen im Haus zu verrichten). Nun einige Bsp. über die Sanierungsbedürftigkeit in einigen Bezirken Wiens.
15 Bez. 63%, 16 Bez. 60%, 17 Bez. 57%, 5 Bez. 44%...

WIE SOLL SANIERT WERDEN ?

Der Gesetzgeber (würg) hat 2 Formen der Sanierungsarbeit unterstrichen:
- die Instandhaltungsarbeiten, zu deren Leistungen der Hausbesitzer immer schon verpflichtet war und für die er über Mieten Geld kassiert hatte, dies aber lieber in die eigene Tasche steckte und deshalb das Haus verfiel.
- die Verbesserungsarbeiten, für die ein eigener Kredit aufzunehmen ist.
Darunter ist bsp. der nachträgliche Einbau von Bad, WC, Küche, die Instalierung einer Heizung oder die Zusammenlegung von Wohnungen und vieles mehr zu verstehen.



Für die Instandhaltungsarbeiten erhält der Hausbesitzer zinsfreie Kredite über die gesamten Sanierungskosten, von denen er (zahlen müssen in WirklichkeitXX die MieterInnen infolge erhöhter Mieten) nur 50% zurückzahlen muß, und das obwohl er das ganze Geld schon einmal über die Mieten bekommen hat. Die MieterInnen zahlen also doppelt. Für Verbesserungsarbeiten gibt es sehr günstige Kredite mit Förderungen bis auf 20%. Wesentlich ist hierbei, daß die geförderten arbeiten praktisch nur dann durchführbar sind, wenn die Häuser leer sind.

Fazit: Jene Hausbesitzer, die ihre Häuser über Jahrzehnte dem Verfall preisgegeben haben und das für die Renovationen vorgesehene Geld in die eigene Tasche gesteckt haben, bekommen jetzt aus Steuermitteln neue Häuser geschenkt. Die MieterInnen dürfen sich zur Belohnung oft neue (häßliche) Wohnungen suchen. Doch die Vergabe von Krediten nach dem Wohnhaussanierungsgesetz für alle stellt sich bei näherer Untersuchung als Lüge heraus. Arbeitslose, GastarbeiterInnen, StudentInnen und Menschen mit geringen Einkommen sind von den Krediten ausgeschlossen. Also alljene die am meisten einen Kredit brauchen würden. Eine Weitere Verschlechterung für MieterInnen war das Inkrafttreten des Mietrechts von 1.1.82

Folgende Schwerpunkte sind im neuen Mietrecht: Erstmals werden Kategorien für Wohnungen eingeführt I, II, III, IV. §7 wird in §18 umgeändert, Anreize für Hausbesitzer werden geschaffen die konkret so aussehen. Wenn ein Hausbesitzer innerhalb von 6 Monaten eine leere Wohnung wieder vermietet kommt es zu einer freien Mietvereinbarung. Hebung der Richtsätze für Kategorien. Am 1.1.83 wurde ein Gesetz eingeführt, wonach der Hausherr für jede leere Wohnung die er innerhalb von 6 Monaten nicht vermietet, das 3fache vom Zins zahlen mußte. Obwohl die Hausbesitzer dieses Gesetz umgingen indem sie Scheinmieter hineinsetzten wurde das Gesetz 85 zurückgezogen und 8 Millionen an die Hausbesitzer zurückgezahlt.

WIE SIEHT DIE SITUATION NACH DER SANIERUNG AUS ?

Das die Verbesserung von Wohnungen auch Auswirkungen, das heißt Erhöhung der Miete zur Folge hat versteht sich von selbst. Da in Sanierungsgebieten, wie vorher schon geschrieben wurde, meist sozial "schwächere" Menschen wohnen und diese dann die erhöhten Mieten nicht mehr zahlen konnten, wurden/werden diese Menschen in andere Substandardwohnungen umgesiedelt. Von den ehemaligen Bewohner/innen des sanierten Spittelbergs wohnt heute niemand mehr dort. Stattdessen gibt es dort Schicki-Micki



Boutiquen, teure Restaurants und unerschwingliche Eigentumswohnungen. Doch das was am Spittelberg begonnen wurde, setzt sich in allen Sanierungsgebieten durch. In den Sanierungsgebieten werden in großen Ausmaß neue Hotels, U-Bahnstationen, Kaufhäuser etc. gebaut. Das diese Einrichtungen von den jetzigen BewohnerInnen benützt werden ist auszuschließen. Daneben werden soziale Strukturen zerschlagen. Z.b. Mensch muß zum Supermarkt einkaufen gehen anstatt zum Greisler. Unter dem Vorwand besseren Wohnraum zu schaffen, schlägt die Gemeinde 3 Fliegen mit einem Schlag:

- 1) die heruntergekommenen aber billigen Wohngebiete, in denen sozial "schwächere" Menschen bis jetzt leben konnte, verschwinden-- das Stadtbild wird "verschönert"
- 2) Stattdessen wohnen dort kaufkräftige Menschen, die sich das neue Angebot (Theater, Kaufhäuser etc.) auch leisten können.
- 3) die ehemaligen BewohnerInnen werden aus ihrer vertrauten Umgebung herausgerissen und über ganz Wien verstreut. Ein gemeinsames wehren gegen Kündigungen am Arbeitsplatz, überhöhte Mieten usw. und solidarisches Handeln untereinander, wird unmöglich gemacht.

Eine weitere Auswirkung sind die ständig steigenden Delogierungen und leerstehende Gemeindewohnungen die sich kein Mensch leisten kann. Um Widerstand gegen diese unsoziale Politik der Herrschenden im Keim zu ersticken setzen sie auf "mitarbeit" der Bevölkerung. Das heißt Spö und ÖVP nahe Vereinigungen kanalisieren den berechtigten Widerstand. Über die Betreuungsbüros wird geschaut wo Widerstand ist, wo Widerstand zu erwarten ist und wo es Schwierigkeiten geben könnte. Greifen Menschen aber zur Selbsthilfe werden sie kriminalisiert und eingesperrt.

Zuletzt sei gesagt wie die Folgen der kapitalistischen Logik aussehen:

--in den nächsten 10 Jahren muß mindestens ein Viertel der Wiener -Bevölkerung umgesiedelt werden, weil sie sich ihre Wohnungen nicht mehr leistenkann.

-- sozial "schwachen" werden alle billigen Wohnmöglichkeiten entzogen werden, sie müßen sich in Luft auflösen. In Wien gibt es mittlerweile 12000 Obdachlose Tendenz steigend.

--alle Formen autonomer und kollektiver Lebensformen sollen bekämpft werden (WGs....- nicht Förderungswürdig)

--Aussonderung all jener, die den verschärften Arbeits- und Lebensbedingungen nicht entsprechen können.

-- Staatliche "Ausländerrückführung " im großen Stil

Ganz zum Schluß sei gesagt: Wir können unsere Lebenssituation hier nicht getrennt sehen von den Befreiungskämpfen in der sog. 3 Welt. Die imperialistische Unterdrückung ist dort verschärfter-- der Feind ist jedoch der gleiche

KAMPF DER SANIERUNGS UND SPEKULATIONSPOLITIK
SOFORTIGE FREIGABE ALLER LEEREN HÄUSER
WER SICH NICHT WEHRT LEBT VERKEHRT

Seit Freitag 26.8.88 halten wir uns in einem Lokal in der Unteren Augartenstr. 23 auf. Da die Polizei nicht räumen durfte (die Uniformierten Schlägertrupps waren auf sehr geil aufs prügeln) versuchte sie die "BesetzerInnen zu provozieren. Der Gemeinde scheint das Lokal ein Dorn im Auge zu sein und so läßt sie über die bürgerliche F(P)resse ihre Hetzartikeln verbreitern. Es soll so Stimmung gegen uns gemacht werden.

Trotz der Hetze werden wir uns nicht einschüchtern lassen, sondern noch mehr an die Öffentlichkeit gehen. Wir werden neben Wohnpolitischen Sachen, auch Zeitungen über Sozialabbau, Anti-Faschismus, IWF in unserem Lokal auflegen. Wir wollen durch Flugblätter verstärkt mit den BewohnerInnen der Umgebung in Kontakt treten, da wir der Meinung sind, das Wohnungsnot und Sozialabbau nicht nur uns betreffen. Über die Medienhetze wollen Sie (Gemeinde) von ihren eigenen Schweinerein ablenken. Es

wird der Versuch unternommen, uns als "kriminelle Sonderfälle" abzustempeln. Doch die Realität zeigt, daß wir keine Sonderfälle sind. Täglich werden Menschen in Wien delogiert, durch Sanierung werden Menschen aus ihren Wohnungen vertrieben, da sie sich die hohen Mieten nicht mehr leisten können. Ergebnis 12500 Obdachlose in Wien. Gleichzeitig stehen 100erte Häuser und 10000ende

Wohnungen leer. Doch die Verschlechterung am Wohnungsmarkt sind nur ein Teil der allgemeinen Verschlechterungen. Die Verstaatlichte Industrie wird zerschlagen, die Löhne werden gekürzt, die zumutbarkeits Klausl für Arbeitslose wird verschärft, die Pensionen werden gekürzt, das Bundesheer wird aufgerüstet und so ins NATO-Konzept integriert österreich soll der EG Beitreten etc. Also die Verschärfungen treffen alle, nicht nur uns..

Die Aufrüstung des Polizei und Justizapparates wird der Bevölkerung als Schutz vor Terroristen und Kriminellen verkauft. In Wirklichkeit rüsten sie für die kommenden zu erwartenden Auseinandersetzungen.(Streiks,Fabriksbesetzungen,Mietboykotts etc.) Da die Herrschenden uns nichts freiwillig geben , müssen wir uns nehmen was wir brauchen. Nicht wir sind die Kriminellen sondern die Multis,Banken,Baufirmen, die Gemeinde etc. Sie bestehlen,betrogen, ermorden Menschen weltweit. Aus all diesen Gründen haben wir kein Vertrauen in Institutionen von Staat und Gemeinde. Wenn wir etwas verändern wollen, können wir nur auf unsere eigene Kraft vertrauen.

DIE HÄUSER DENEN DIE DRINNEN WOHNEN
WEHREN WIR UNS GEMEINSAM GEGEN DIE MENSCHENVERACHTENDE POLITIK VON GEMEINDE UND
KAPITAL



DIE AUFRÜSTER

OB DRACKEN

Schon die Wiedereinführung des österreichischen Bundesheeres war von - damals noch sehr breitem - antimilitaristischem Widerstand begleitet. Ein späterer Höhepunkt des Anti-Bundesheer-Kampfes war die Einleitung eines "Anti-Bundesheer-Volksbegehrens" das im Zuge der 68er Bewegung mit ziemlich viel Resonanz erfreute. Es lag am Ddr Günter Nenning - stets um das Wohl seiner SPÖ besorgt - rechtzeitig alle Unterschriften verschwinden zu lassen, um die ~~Früchte~~ Ernte der Früchte der Anti-BH-Diskussion Kreisky und seinem Team vorzubehalten. Zog doch die SPÖ schließlich mit Ankündigungen wie "6 Monate (Wehrdienst) sind genug!" (bis heute hat sie nicht erfüllt) in den Wahlkampf.

Würde nämlich ein böser Feind, sagen wir aus der CSSR kommend, in Österreich einfliegen und sofortigt alles getan werden um seine Abfangung einzuleiten, würde es ganze 7,8 Minuten dauern bis ein Abfangjäger auf der notwendigen Höhe ist um auf den Eindringling hinzufliegen und schußbereit zu sein. Wenn dieser aus Graz kommende AJ also so richtig auf den Feind loszufiegen beginnt, ist dieser so er nicht schon wieder das Land verlassen hat, gerade in Telfs in Tirol. Wirkliche Dienste können die AJ nur dann erfüllen, wenn sie in ein größeres System eingebunden sind, und ebendieses findet sich in der NATO. Kein Wunder, daß es einst stets NATO-Länder waren, die Druck auf die Ö-Regierung ausgeübt haben, endlich AJs zu beschaffen, obgleich die Mehrzahl der Luftraumverletzungen durch NATO-Flugzeuge erfolgt.

Es folgten Kämpfe um die Durchsetzung eines Zivildienstes als rechtliche Form der Wehrdienstverweigerung, über den sich aber nicht lange gefreut werden konnte. Schon sehr bald wurde er in die ULV (Umfassende Landesverteidigung) eingebunden und somit faktisch dem Militär untergeordnet. Mit der Zivildienstgesetznovelle, die diesen Herbst beschlossen werden soll, wird die Militarisierung des ZD übrigens vollends auf die Spitze getrieben werden: Keine nicht-ULV-kompatiblen Dienststellen mehr, Kasernierung, und verpflichtende Übungen zusätzlich zum 6monatigen Grundzivilidienst, wo die Zusammenarbeit mit dem BH so richtig geübt werden kann.

Ebenso wie es klar war, daß der Ankauf von Abfangjägern ein bedeutender Schritt in Richtung NATO werden sollte, war es auch abzusehen, daß sie gleich nach ihrer Stationierung als Begründung dienen würden, Raketen zu beschaffen, ohne selbige sie nichtmal richtig schießen könnten, womit ein weiterer qualitativ neu und hochartiger Aufrüstungsschritt gesetzt wäre.

Spätestens 1974 vollzog sich eine der bedeutendsten Entscheidungen um das BH: Der Ministerrat beschloß ein Luftraumüberwachungssystem, bestehend aus "Goldhaube" und "Abfangjäger" (eine endgültige Entscheidung für Abfangjäger fiel aber erst 1985). Interessant an den AJs ist mitunter daß sie - für sich allein gestellt - militärisch vollkommen nutzlos sind.

Aus diesen Gründen wurde vor Jahren damit begonnen, dem AJ-Ankauf Widerstand entgegenzusetzen. Im Zuge dessen wurde auch ein Volksbegehren durchgeführt - das bisher größte von unabhängigen, kleinen finanzschwachen Gruppen initiierte. 120000 Leute unterschrieben damals, aber: was wichtiger war: Zig Hunderte wurden anpolitisiert und selbst aktiv, in antimilitaristischen Bezirks- und Ortsgruppen in ganz Österreich.

Widerstand

gegen

Abfangjäger

Dem Volksbegehren folgten weitere Jahre des Protestes und der Vorbereitung des "Widerstands vor Ort", demnach der Draken-Stationierung mit direkten Aktionen dem Anti-Abfangjäger-Kampf einen Höhepunkt zuführen sollte. Aus dem Ausland wurden Erfahrungen eingeholt, wie militärischer Flugbetrieb wirksam behindert, wenn nicht ver-hindert werden könnte, ein hundert-fünfzig Seiten starkes Aktionshandbuch wurde verbreitet (und von Lichal und der bürgerInnenlichen Presse natürlich ver-folgt), u.v.a.m.

Doch leider: Als die Draken im Juni 88 schließlich in Graz stationiert wurden, kam alles anders. Wohl wurde, massivem Gendarmerie-Terror zum Trotz ein Widerstandscamp (erst hieß es Friedenscamp, später Autonomer Statt-Staat Thalerland) errichtet, der Widerstand aber fiel allen möglichen Schwächen zum Opfer. Nicht zu-letzt war die Aushungerungstaktik der Militärs erfolgreich: Sie verzichteten so-lange, mit den Draken rumzufliegen, bis fast keine Leute mehr dort waren, die die Flüge verhindern wollten (nach mehr als einem Monat somit erfolgreicher Flu-g-verhinderung sozusagen).

Die verbliebenen AktivistInnen bekamen, als sie schließlich gegen den aufgenom-menen Flugbetrieb anzukämpfen versuchten, die Repression der Exekutive (ein Monat lang sehr zurückhaltend) voll zu spüren!

Festnahmen von in Flughafennähe spazierenden AktivistInnen, die in der Folge ausführ-lich mit Gummiknüppeln verhört wurden, Straf-verfahren gegen AktivistInnen denen es gelungen war, in das Flughafengelände einzudringen mit Strafantrohungen von zehn Jahren Gefängnis, und sechzehn Tage Untersuchungshaft für zwei Anti-AJ-SprayerIn-nen (die Prozesse stehen noch aus)

Trotz allem wäre es kurzfristig, den Anti-AJ-Kampf als gescheitert anzusehen, nur weil das BH jetzt ein paar Flugzeuge mehr hat als zuvor. Ohne den Widerstand wäre die Aufrüstungsschraube schon viel weiter gedreht, denn der Preis für die Draken war hoch für das Militär (von den acht Milliarden Schilling mal ganz abge-sehen). So machte die ~~Drake~~ Abfangjäger-Diskussion nämlich die mühevollen, in den achtziger Jahren betriebene Image-Werbung für "Unser Heer" weitgehend zunichte (wie die Militärs selbst beklagen). Es ist nun an der Zeit den Anti-AJ-Kampf nicht aufzugeben, sondern weiterzuentwickeln, gemäß den weiteren Schritten der Militärs (Raketen, NATO,...) und gleichzeitig of-fensiver zu werden, nämlich das ganze BH anzu-greifen. Eine großangelegte Anti-Bundes-heer-Campain für 1989 wird bereits vor-bereitet!!!

Thalerland ist überall



DR. THOMAS PRADER

RECHTSANWALT

1070 Wien, Seidengasse 28
Telefon 96 30 31 Serie

An den
Magistrat der Stadt Wien
MA 52
Verwaltung der städt. Wohnhäuser

Dobelhoffgasse 6
1082 W i e n

Wien am 29.08.1988
th/e 227/88

Betrifft : Top 4 in 1020 Wien, Untere Augartenstr.23

Sehr geehrte Damen und Herren !

Ich habe die Vertretung von Herrn Lothar Girolla übernommen. Am heutigen Tag wurde mir durch einen Boten ein Schreiben übermittelt, in dem mein Mandant aufgefordert wird, das oben genannte Geschäftslokal unverzüglich zu räumen.

Namens meines Mandanten erlaube ich mir mitzuteilen, daß diesem Räumungsauftrag nicht Folge gegeben wird, da dies den getroffenen Vereinbarungen widerspricht.

Sollten Sie diese Ansicht nicht teilen, ist es Ihnen selbstverständlich unbenommen, den Zivirechtsweg zu beschreiten und gegen meinen Mandanten die Räumungsklage einzubringen.

Namens meines Mandanten möchte ich Sie jedoch bereits jetzt darauf hinweisen, daß alle rechtlichen Möglichkeiten (Verfassungsgerichtshof, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte) ausgeschöpft werden, wenn die Gemeinde Wien als Hauseigentümerin ihre vermeintlichen Rechtsansprüche gewaltsam mit Hilfe der Sicherheitsbehörden durchzusetzen beabsichtigt.

b.w.

Erste Österreichische Spar-Casse Kto.Nr. 310 122 00003
Österreichische Postsparkasse Kto.Nr. 7525.162

Der Gemeinde Wien als Hauseigentümerin kommt die selbe Rechtsstellung wie jedem anderen Hauseigentümer zu. Sie hat sich an die Rechtsordnung zu halten und sind Auseinandersetzungen wie die gegenständliche ausschließlich durch die Zivilgerichte zu entscheiden.

Mit der Bitte um Kenntnisnahme zeichne ich

mit vorzüglicher Hochachtung.

DS an BM Zilk
DA an APA Presseagentur
DS an Phönix-Presseagentur

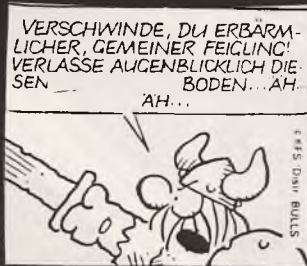
Rechts hilfe

Spenden konto

PSK 27 47 385

WIR; EIN TEIL DER URSPRÜNGLICHEN besetzerInnen, wollen zur unteren augartenstr. 23 stellungnehmen. wir erheben aber keinen anspruch auf vollständigkeit.

wir sprechen hier nicht für alle, sondern wollen einen diskussionsanstoß geben.



die besetzung war geplant um :

1. solidaritätsaktion gegen die räumung der ägidi/spalo.
2. aufzeigen, daß das problem der obdachlosigkeit kein randgruppenproblem ist, sondern ca 22.500 menschen in österreich betrifft.

3. den zusammenhang zwischen wohnungsspekulation und obdachlosigkeit aufzuzeigen.
4. der kriminalisierungs- und spaltungspolitik der gemeinde und medien entgegenzuwirken.
5. wir sind nicht aus der ägid oder spalo, sondern selbst betroffene des wohnungsspekulantenums, weiters solidarische künstler, beamte, u.a. wir wollen hier ein selbstverwaltetes wohn- und kulturzentrum schaffen.

wie wollen wir leben selbstverwaltet, d.h. verantwortung wird von allen getragen und nicht von einzelnen. entscheidungen werden daher von allen getroffen, da sie alle betreffen. bei unklarheiten oder differenzen werden die probleme ausdiskutiert.

die kosten werden von uns alle getragen, und wir werden renovierungen und erhaltungsarbeiten selbst finanzieren- d.h. keine subventionen von gemeinde - und organisieren. volkküche zu geringen kosten; infoladen; beiselbetrieb; konzerte; veranstaltungen für alle.

gemeinsames wohnen:
d.h. gemeinsam essen, einkaufen kochen, abwaschen.

wir wollen mit den menschen der umgebung kontakt haben, und den ghettoisierungs- und isolationsversuchen der gemeinde u. medien entgegenzuwirken. deshalb wollen wir auch, daß das beisel, die konzerte und veranstaltungen von vielen menschen besucht werden.



WIEN

12.8.1988

stephan eibel, schriftsteller

enttäuscht

diese hausbesetzung war für mich eine katastrophe!
menschlich gesehen: ein totaler einfahrer.

1. es gab keine orgie. ich habe extra ein schwarzes, sauberes unterhöschen angezogen. nichts hat es genützt mich zu parfümieren.

2. ein kreislaufstärkendes mittel habe ich vor der besetzung zu mir genommen, um jede art von droge in mir wirken zu lassen. keinerlei droge bekam ich. nichteinmal alkohol.

3. keine kinder waren dabei, die ich vielleicht im orgien und drogenrausch schlagen hätte können.

4. die hausbesetzer und hausbesetzerinnen lachten manchmal. ihre zähne sind nicht spitz geschliffen, so daß sie wenigstens irgendeine bewaffnung hätten

5. die polizei war wunderbar und machte mir spaß. zwei polizisten mit gezückten pistolen bedrohten mich und ich fühlte mich minutenlang wie in einem film. sie getrauten sich aber nicht zu schießen. sehr gefallen hat mir auch wie ich mit einem orf-redakteur telephonisch sprach und der einsatzleiter irrtümlich das gespräch unterbrach. das waren die einzigen highlights einer wahnsinnig faden besetzung. ich bin maßlos enttäuscht.

die zeitungen versprechen einen da etwas von brutalität der chaoten

und nichts habe ich von meiner vorstellung von einem abenteuerurlaub erleben können. eine schande.

unerträglich ist mir das ganze geworden wie ich zu verstehen begann, daß diese chaoten sich für andere menschen einsetzen wollen.

so etwas wie weltverbesserer oder kümmerer sind. ich bin dann auch um 24 uhr nachts gegangen.